

Peter Mende

Syrien – Teil der Nahostprobleme oder Partner bei deren Lösung?

Das Policy Paper entstand im Rahmen der Arbeit des Projektes „Europa und der Nahe Osten“ im Nachgang der 10. Kronberger Gespräche der Bertelsmann Stiftung, September 2006.

Syrien ist für die einen „Schurkenstaat“, auf der „Achse des Bösen“ mit Iran und Nordkorea verbunden, Unterstützer des Terrorismus, für den deutschen Außenminister ein zukünftiger Partner des erhofften Friedensprozesses, der „in eine konstruktive Rolle in den Prozess der Stabilisierung“ einbezogen werden soll. Das Land selbst beginnt einen Lernprozess in regionaler „Friedenspolitik“.

In diesem Spagat müssen Deutsche und Europäer sich Fragen stellen, deren Antworten noch weitgehend offen bleiben. Sind die Führung in Damaskus, ihre Unterstützer und die oligarchischen Teilhaber an der Macht darauf vorbereitet und dazu bereit, die sich bietenden Chancen für das Land zu (be-)ergreifen? Wer kann ihnen dabei helfen? Welchen Preis werden sie dafür fordern? Und wollen andere Beteiligte am nahöstlichen Befriedigungsprozess den Preis einbringen?

War das Land unter dem verstorbenen Präsidenten Hafiz al-Assad weitgehend vom Westen isoliert, vom türkischen Nachbarn und arabischen Bruderstaaten kritisch betrachtet, von Israel und dessen Schutzmacht USA sporadisch als Feindstaat und Terroristenbasis wahrgenommen, so wandelt und öffnet sich unter Präsident Bashar al-Assad, entgegen mancher harscher Kritik und zwar zögerlich und in zu kleinen Schritten, die Innen- und Außenpolitik dieser „Demokratischen Sozialistischen Republik“. Die wachsende Zusammenarbeit mit der EU und bilateral mit Deutschland in vielen Bereichen dient auch der zivil-gesellschaftlichen und politischen Modernisierung des Landes.

Die innere Lage Syriens ist trotz des außenpolitischen Drucks und eingezwängt zwischen und hineingezogen in die Krisenherde der Region Palästina/Israel, Libanon, Irak, Türkei/Kurden, weitgehend stabil. Präsident Bashar al-Assad stützt sich auf die alawitische Minderheit, die privilegierten Streitkräfte, verschiedene Sicherheitsdienste sowie auf ein alle sozialen Schichten umfassendes sorgfältig ausbalanciertes System von persönlichen und Gruppenloyalitäten.

Soziale Spannungen gefährden diesen Zustand nicht, der Rückzug aus dem Libanon hat das Regime nicht nachhaltig geschädigt. Solange die Wirtschaft stärker als die Bevölkerung wächst, schauen die Menschen optimistischer in die Zukunft. Daher bleiben deren subjektive Wahrnehmungen des Alltagslebens positiv. Sie genießen den verbesserten Zugang zu Informationen, größere wirtschaftliche Freiheiten und die vom System gepflegte Toleranz gegenüber den religiösen und ethnischen Minderheiten trotz der weiter bestehenden Mängel an demokratischer Partizipation, Rechtsstaatlichkeit sowie bei Wahrung der Menschenrechte.

Es ist sicher geboten, in eine Stabilisierung der Sicherheitslage an Israels Nordgrenze auch Syrien einzubeziehen. Welche Interessen stoßen dabei aufeinander?

Der Nachbar Israel, Besetzer des syrischen Golan, sieht anders als andere Mächte

zur Zeit in Damaskus einen kriegslüsternden und hochgerüsteten Störenfried für seine politischen Ziele, einen Unterstützer des Widerstandes von Hamas und Hisbollah-Milizen. Es unterschlägt dabei die jahrzehntelange Ruhe und Unversehrtheit der UNO-überwachten (UNDOF) Golan-Waffenstillstandslinie und nimmt nicht zur Kenntnis, dass Syrien im neuen Libanon-Krieg umsichtig und mit großer Vorsicht agiert hat, um keinen Vorwand für militärische Aktionen zu liefern.

Der neue *De-facto*-Nachbar im Osten, die USA-geführten Truppen im Irak, kann im Kampf gegen Aufständische aller politischen Schattierungen seit Jahren zunehmend auf die stillschweigende Kooperation der syrischen Führung bei der Kontrolle der Grenzen gegen einsickernde Unterstützer zählen.

Auch der türkische Nachbar im Norden, der normale Beziehungen mit Syrien unterhält und mit ihm seine Kurdenproblematik und auch das Euphrat-Wasser-Management teilt, wird an einem international eingebundenen Syrien interessiert sein.

In der Öffentlichkeit zirkulierende Vorschläge vermischen Aktuelles mit Grundsätzlichem, überfrachten die denkbaren Foren und werden an den regionalen Gegebenheiten wenig ändern. Ein Wiederaufleben der wenig erfolgreichen ersten Madrider Nahost Konferenz von 1991, wie sie u. a. vom früheren israelischen Ministers Yossi Beilin vorgeschlagen wird, würde zwar bedeutende und zahlreiche Akteure einbinden, wäre aber auch mit dem daraus entstandenen aber nur sehr bedingt erfolgreichen „Oslo-Prozess“ verknüpft und belastet.

Dagegen bindet die Road Map die interessierten Partner des Nahost-Konflikts zusammen. Sie legt den Schwerpunkt relativ eng auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, bezieht zunächst Syrien nicht mit ein und steht nicht gerade vor einer aussichtsreichen Wiederbelebung.

Das erreichbare bilaterale Ziel europäischer und damit deutscher Politik sollte sein zu helfen, Syriens Stabilität zu mehren, also Gefahren im Inneren und nach außen zu minimieren.

Ich halte den von Deutschland und der EU begonnenen Weg der Zusammenarbeit, die diesem Ziel dient, für alleine zukunftsweisend.

Deutschland und die EU haben keine grundsätzlichen wirtschaftlichen und – jenseits der jetzigen Libanon-Aktualität – politischen Probleme mit dem Staat Syrien.

Regimewechsel zu fordern ohne echte Alternativen zu finden, militärische Droh- und Druckkulissen aufzubauen gegen die Erwartungen der Menschen ermutigt nicht dazu, den noch zaghaften aber positiven Weg des Landes zu mehr Freiheiten für die Bevölkerung zu beschleunigen. Israels gewaltsames Vorgehen gegen die frei und fair gewählte Hamas-Mehrheit in Palästina verbunden mit der westlichen Isolationspolitik gegenüber dieser Regierung entwertet in arabischen Ländern für lange Zeit jede Forderung von außen nach demokratischen Wahlen und einem Parteienstaat westlicher Prägung und entmutigt die innere Opposition.

Wir Europäer sollten unsere Positionen in diesem Streit sorgfältig abwägen. Was ist unseren Interessen dienlicher, unsere Politik einseitig nur an israelischen

Sicherheitsinteressen auch im Verhältnis zu Syrien auszurichten oder auf mehr Stabilität in dem Land zwischen der Türkei und Jordanien, zwischen Libanon und dem Bürgerkriegsland Irak zu setzen und dadurch auch Vertrauen in unsere Politik bei den Menschen in arabisch-islamischen Ländern zurückzugewinnen?

Syrien bedroht keine Nachbarn, hat sich 2005 – zwar unter Druck – aus dem Libanon zurückgezogen, setzt in der Golan-Frage auf eine Fortsetzung der von Israel im Jahre 2000 abgebrochenen Friedensverhandlungen, wie Präsident Assad Ende 2004 erneut betonte, und kooperiert in der Bekämpfung des Terrorismus, nicht nur im benachbarten Irak.

Diese Abwägung fällt der deutschen Außenpolitik besonders schwer, die aus historischen Gründen seit vierzig Jahren in vielen Bereichen eng mit Israel zusammenarbeitet und durch unzählige zivilgesellschaftliche Bindungen von der öffentlichen Meinung gestützt wurde. Diese Unterstützung schwindet rapide und lässt so der Regierung einen größeren Entscheidungsspielraum.

Die von der deutschen Außenpolitik und Außenminister Steinmeier gewählte Richtung, jenseits aller Hisbollah-Milizen Problematik, die allein Israel und den Libanon betrifft, den Dialog und die Zusammenarbeit mit Syrien zu suchen, hat diese Abwägung zugunsten deutscher Interessen getroffen und verdient jede Unterstützung. Sie dient der regionalen Stabilität und damit auch den Sicherheitsinteressen Israels. Sie könnte auch für andere außenpolitische Konfliktfelder positive Zeichen setzen.

Deutschland und die EU sollten nach weiteren Wegen suchen, die Zusammenarbeit mit Syrien zu verbessern. Dazu könnten gehören:

- die Unterzeichnung des im Oktober 2004 paraphierten EU-Assoziierungsabkommens
- Institutionalisierung der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) mit Syrien durch Ausarbeiten von Aktionsplänen, wie sie mit Jordanien, Marokko, Tunesien, Israel und der Palästinensischen Autorität bestehen.
- Die Grundzüge der EU-Nahost-Politik erneut bekräftigen, wie sie erstmals in den Erklärungen von Venedig (Juni 1980) und Berlin (März 1999) formuliert wurden.
- Intensivieren der politischen Kontakte unter Hinnahme von gegenseitig abweichenden Grundauffassungen.
- Fortführen und Intensivieren der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit in allen bestehenden Bereichen (u. a. Förderung der Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit, Reformen in Verwaltung und Bildungssektor).
- Unterstützung bei den für 2007 geplanten Wahlen.

Schwieriger werden Versuche sein, in die Zusammenarbeit mit Europa und Deutschland Maßnahmen und Methoden einzubringen, um den von Israel

gefürchteten Waffennachschub an die Hisbollah-Milizen im Libanon zu unterbinden. Ohne politische Gegenleistungen wie z. B. die Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit Israel über den Golan oder eine Vereinbarung von diplomatische Klauseln („Nichtangriffsverpflichtungen“), die Schutz vor feindlichen Angriffen und bewaffneten Aktionen in Syrien garantieren, die jedoch außerhalb der nahöstlichen Realitäten liegen, wird das Ziel nicht zu erreichen sein.

Europa und Deutschland sollten erwägen,

- Syrien in die Sicherungsaktionen an der libanesischen Südgrenze in geeigneter Weise einbeziehen,
- bei Überwachung der Seegrenzen mit den syrischen Streitkräften zu kooperieren,
- einen erneuten Versuch zu unternehmen, europäische „Beobachter“ wie an der Gaza-Ägyptengrenze an den Grenzübergängen zu installieren,
- Syrien technisches Überwachungsgerät anzubieten gegen feste Zusagen, den Verkehr in den Libanon korrekt zu kontrollieren und Waffenschmuggel zu unterbinden.

Peter Mende ist Botschafter a. D. der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Mende kann kontaktiert werden via mende-berlin@t-online.de oder via Herrn Hanelt bei der Bertelsmann Stiftung (christian.hanelt@bertelsmann.de).